

Hallo Tübingen!

Bevor ich mit der eigentlichen Rede anfangen möchte, möchte ich wieder ein paar organisatorische Dinge ansprechen.

1. Seid stets freundlich und höflich.
2. Folgt bitte den Anweisungen der Polizei und unserer Ordner (zu erkennen an ihren Warnwesten).
3. Bitte steht in der Gruppe nur mit Personen eures eigenen Haushalts oder einer weiteren Person außerhalb eures Haushalts zusammen.
4. Haltet immer einen Mindestabstand von 1,50 m zu anderen Gruppen.
5. Haltet euch für die Demonstration in dem dafür vorgesehenen Bereich, innerhalb der Absperrung auf.
6. Öffentliche Toiletten findet ihr am Hauptbahnhof gleich hinter uns oder am Ende des Anlagenparks, richtung des AOK-Gebäudes.

Weiterhin möchten wir euch daran erinnern, dass die Polizei zu unserem Schutz vor Ort bereit steht. Wir betrachten die Polizei als Freund und Helfer und bitten euch darum friedlich und respektvoll mit ihnen umzugehen.

Wir verstehen uns als eine offene, friedliche und überparteiliche Zusammenkunft von Privatpersonen, die im Sinne des Grundgesetzes alle gesellschaftlichen Schichten, alle Hautfarben, alle Kulturen und alle Religionen willkommen heißt. Extremistische und diskriminierende Weltanschauungen sind kein Bestandteil unserer Verfassung und gehören daher auch nicht hierher. Wir sind keine Verschwörungstheoretiker, wir sind keine Aluhüte, wir sind Querdenken 7071 TÜBINGEN und wir stehen hier für die Verteidigung des GRUNDGESETZES!

Ich bin gefragt worden warum wir "noch" demonstrieren. Die Frage war aus reinem Interesse gestellt. Die gleiche Frage könnte man stellen, wenn man den Artikel des Schwäbischen Tagblatts über unsere letzte Mahnwache zur Hand nimmt. In dem durchaus sachlichen Artikel heißt es wir demonstrieren gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Warum also demonstrieren wir "noch", wenn die Regierung doch bereits umfassende Lockerungen durchgesetzt hat? Die Beschränkungen der Teilnehmerzahlen für Demonstrationen in Berlin sind zum Beispiel vollständig aufgehoben worden. Für den Alltag der Menschen noch wichtiger ist aber auch die umfassende Öffnung von Geschäften und Gastronomien. Die Frage nach dem Grund unserer Demonstrationen ist nicht mit einem einzelnen Satz zu beantworten, denn sie haben nicht einen, sondern viele Gründe.

Der erste Grund ist, dass für viele Menschen die Lockerungen "Fake" sind, um es mal mit den Worten einer Betroffenen auszudrücken. Alleine aus meinem direkten oder indirekten Umfeld habe ich nun bereits von unterschiedlichsten Bereichen der Arbeitsgesellschaft mitbekommen, wie Existenzen durch die noch existierenden Maßnahmen bedroht sind. Vor allem große Bereiche des Dienstleistungssektors sind betroffen, sodass auch jeder von Ihnen wahrscheinlich jemanden kennt, der noch betroffen ist. Vielleicht sind es vor allem

Bereiche, die nicht systemrelevant, sondern systembereichernd sind, die nur geringe Empathie bei vielen Menschen hervorrufen, wenn diese bedroht sind. Wir haben auch bei unserer letzten Mahnwache gehört, dass finanzielle Unterstützung hier nicht allen und auch in einem nicht ausreichenden Maß zukommt.

Für den zweiten Grund muss ich ein wenig ausholen, es geht nämlich um die Einschränkungen des Grundgesetzes. Alle Einschränkungen dessen sind auf Grundlage der Generalklausel des Infektionsschutzgesetz [Paragraph 28, Absatz 1](#) verhängt worden, in der es heißt, dass die Behörde die "notwendigen Schutzmaßnahmen" verhängen können, "soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist".

Welches sind die notwendigen Schutzmaßnahmen, wie und von wem werden diese bestimmt? Wer definiert wie lange welche Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung erforderlich ist? Selbst als Nicht Jurist wird schnell klar, dass diese Formulierung doch sehr dürftig ist.

Ich möchte daher an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass wir nicht gegen Maßnahmen gegen die Pandemie an sich demonstrieren, sondern, dass wir für das Grundgesetz demonstrieren, dass auf Grundlage einer wackligen rechtlichen Definition auf massive Weise beschränkt worden ist und es weiterhin wird.

Weiterhin möchte ich über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen sprechen, dazu habe ich ein direktes Zitat aus einem Interview mit der Juristin Anika Klafki mitgebracht, veröffentlicht auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung:

"Einen zweiten Prüfmaßstab bildet der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die konkret getroffene Maßnahme muss für ein legitimes Ziel geeignet sein – hier also für die Verhinderung der Ausbreitung des Virus. Außerdem muss man prüfen, ob die Maßnahme erforderlich ist. Dazu muss sie das mildeste unter den gleichgeeigneten Mitteln darstellen. Schließlich muss die Maßnahme auch bei Abwägung der betroffenen Grundrechte angemessen sein."

Zusammengefasst muss für eine Maßnahme also zunächst Maß genommen werden um ihre Vor- und Nachteile, sowie ihre direkten und indirekten Konsequenzen abzuwägen.

Allen, die die Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt als gelungen ansehen und die jegliche Kritik oder Anregung zur Diskussion abblocken, die behaupten, dass Deutschland so gut davongekommen sei, sei nur aufgrund dem Fest- und Versammlungsverbot, dem Shutdown oder sogar der Maskenpflicht sei gesagt, wo sind dafür die Untersuchungen? Tatsächlich herrscht bei keiner der Maßnahmen eine ausreichende Grundlage über deren Effektivität. Ein Missstand der schon längst hätte behoben werden müssen. Was bringt einem das Durchspielen einer Katastrophe wie in der Risikoanalyse der Bundesregierung von 2012, wenn ich die Konsequenzen nicht ziehe und die Möglichkeiten nicht konkret validiere?

Ein interessanter Abschnitt daraus lautet übrigens: "Nachdem die erste Welle abklingt, folgen zwei weitere, schwächere Wellen, bis drei Jahre nach dem Auftreten der ersten Erkrankungen ein Impfstoff verfügbar ist." Ist das die Information, die aus der Analyse bei

der Bundesregierung hängen geblieben ist? Zwei weitere Wellen bis zu dem Impfstoff und dann ist alles vorbei?

Ich möchte an dieser Stelle kurz eine kleine aber interessante Zwischeninformation bringen. In dem gesamten Landkreis Tübingen mit 227.331 Einwohnern sind nach dem Stand des RKI von gestern, in den letzten 7 Tagen 2 Infizierte nachgewiesen worden. Damit bewegt sich dieser Landkreis in einem ähnlichen Spektrum wie alle Landkreise um uns herum und wie nahezu fast ganz Deutschland und das wohlgemerkt nun schon seit einigen Wochen. Sehen wir uns dazu passend jedoch mal das folgende Zitat von Merkel an:

„Auch wenn die Zahlen mal einen Tag besser werden, die Pandemie wird nicht verschwinden, bis wir wirklich einen Impfstoff haben, mit dem wir die Bevölkerung immunisieren können.“ Auf welchen Grundlagen beruht diese Aussage? Wie viele gute Tage bräuchte es, bis man erkennt, dass die Pandemie doch schon vorbei ist. Sollte sich SARS-CoV2 wie es zum Teil überlegt wird zukünftig in die regulären Grippewellen einfügen, gilt das dann auch als Wellen, die verhindert werden müssen?

Man sieht also, dass dringend über die Effektivität, die Sinnhaftigkeit und der möglichen Folgen aller Maßnahmen diskutiert werden muss. Zusammengefasst und als Antwort auf die Frage, warum wir noch demonstrieren, sage ich deshalb, wir stehen hier für das Grundgesetz und für die Diskussion über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Wir brauchen eine gesellschaftliche, medizinische und juristische Aufarbeitung der politischen Entscheidungen während der Pandemie. Eine Pandemie, die trotz ihrerer mittlerweile verschwindend geringen Infektionszahlen politisch und gesellschaftlich noch nicht vorbei ist. Sollen auch zukünftige Pandemien durch die "notwendigen Maßnahmen" eingedämmt werden? Wobei diese dann jedes Mal von der Regierung oder den Regierungen selbst frei und unkontrolliert ergriffen werden können? Eine Generalklausel für ein solch sensibles Thema kann nicht die Lösung für die Zukunft sein.

Weiterhin möchte ich über ein Thema sprechen, das mir persönlich sehr wichtig ist. Es geht um Diskussion, Meinungsfreiheit und Vielfalt, sowie um wissenschaftliche Arbeit. Der Grund warum ich darüber spreche ist, dass ich Molekularbiologie studiere und mich dadurch zwangsläufig mit wissenschaftlicher Arbeit und wissenschaftlichem Diskurs beschäftige.

Jedes komplexere Zusammenspiel muss in der Wissenschaft als Gemeinschaftsprojekt betrachtet werden. Dementsprechend muss eine Pandemie, wie wir sie laut der Definition der WHO momentan haben auch von unterschiedlichen Teilnehmern analysiert werden. Dabei brauchen wir Epidemiologen und Virologen, allerdings brauchen wir auch Infektologen, Mathematiker, Mediziner und viele mehr, die Informationen über den Schweregrad sammeln und liefern können. Ebenso brauchen wir Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler, Psychologen, Psychotherapeuten und noch viele weitere, die dazu beitragen können die Vor- und Nachteile von Maßnahmen abzuwägen. An dieser Stelle muss gesagt werden, dass diese Zusammenarbeit bei Pandemien ein gewaltiges Projekt darstellt. Allerdings ein Projekt, das so früh wie möglich hätte angegangen werden müssen um tragische Schicksale zu vermeiden. Deshalb frage ich, wo sind die Studien mit randomisierten Gruppen aus der Bevölkerung, die den Verlauf der Infektionen in Bezug zu

den Tests zeigen? Studien, die frühzeitig gezeigt hätten, wie groß genau der Anteil asymptomatischer Infizierter ist, wie viele schwere Verläufe es gibt, wie viele beatmet werden müssen und die die Effektivität der Beatmung selbst untersucht hätten.

All diese Dinge sind von Menschen gefragt und hinterfragt worden, die nun durch Diffamierung ausgeschlossen wurden. Um Probleme zu bewältigen ist es wichtig, dass Diskussion nicht nur gestattet, sondern gefördert wird. Dass Streitkultur nicht durch Verleumdung sondern durch Wertschätzung geprägt ist.

Was nicht sein kann, so wie es nun geschehen ist, dass Politik, Medien und einzelne Wissenschaftler die Deutungshoheit für sich beanspruchen. Es ist also nicht in Ordnung, wenn aus der Forderung nach der Bekämpfung von "Fake"-Informationen in der New York Times eine Zensurwelle auf öffentlichen Plattformen ausgelöst wird, bei der fraglich ist, ob überhaupt klar zwischen unrealistischer Fiktion und sachlicher Kritik unterschieden wird.

Was ist denn mit der Meinungsfreiheit? Inhalt wird ja nicht nur mit Faktencheck Stempeln kommentiert, sondern auf allen Plattformen auch gelöscht. Auch wenn zum Teil Unsinn verbreitet werden kann, man mag die Aussagen anderer nicht teilen, wenn dieser aber nicht illegales oder unmoralisches vertritt, so sollte man dennoch nicht in das Recht auf freie Meinungsäußerung eingreifen.

Vor allem im Rahmen der Wissenschaft, nachdem auch Wissenschaftler aus der Diskussion ausgesperrt werden, möchte ich daher auf Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetz hinweisen: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei". Die Schließung der wissenschaftlichen Diskussion durch den Alleinanspruch der Wahrheit müsste daher als Verfassungsbruch verstanden werden. Schließlich kann Wissenschaft ohne Diskussion nicht frei sein.

Beispielhaft gezeigt von Merkel durch die verdammt "Diskussionsorgien", rühmt sich die Politik mal wieder nicht besonders durch eine hohe Bereitschaft der Akzeptanz anderer politischer Positionen als ihrer eigenen. Das ist wenn auch beklagenswert, keine Überraschung. Was ich nicht nachvollziehen kann ist, was momentan in unserer Berichterstattung geschieht. Ich spreche dabei nicht von der Einseitigkeit, durch welche sich manche Medien auszeichnen. Wer von Meinungsfreiheit spricht muss auch akzeptieren, dass Medien nicht das abbilden, was man selbst vertritt. Auch wenn unkritisch auf der einen und diffamierend auf der anderen Seite berichtet wird, so ist das eine Verfehlung der Berichterstattung aber im Grundgesetz abgedeckt durch die Pressefreiheit. Tatsächlich ist es aber diese, um die es mir geht. Auch hier möchte ich noch einmal zitieren, dieses Mal aus Absatz 2 des Artikel 5: "Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." Wie kann es also sein, dass bekannte Alternativmedien gezwungen sind auf Alternativen umzuschwenken und damit ihre Reichweite verlieren? Alternativmedien wie der Rubikon aber auch Inhalte viele anderer werden von Youtube gelöscht mit Verweis auf angebliche Verletzungen der Richtlinien. Ist das etwa keine Zensur?

Als Fazit möchte ich sagen, dass egal ob in der Wissenschaft, Presse oder in dem eigenen Privatleben, die Diskussion ein unverzichtbares Gut ist. Geben wir dieses bereitwillig auf,

haben wir keine Möglichkeit mehr selbst daran teilzuhaben wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. Und das kann niemals im Sinne einer Demokratie sein.

Danke.